



EISENACH

DIE WARTBURGSTADT

Stadtverwaltung Eisenach

Eisenach, 02.11.2018

Protokoll über die Einwohnerversammlung

Ort: Markt 22, Saal 13

Datum: 01.11.2018

Vorsitzender: Oberbürgermeisterin (OB) - Katja Wolf

Teilnehmer: Bürgermeister – Dr. Uwe Möller
Dezernent – Ingo Wachtmeister (ab 18:45 Uhr)
Amtsleiter Finanzverwaltung – Alwin Hartmann
Büroleiter OB – Sascha Bilay
Persönliche Referentin – Astrid Weimer
Leiterin Pressestelle – Janina Walter
Mitarbeiterin Pressestelle – Sophia Spangenberg

Vertreter der Presse
Vertreter des Stadtrates
Vertreter des Kreistages
Ca. 70 Bürger/innen

Protokollführung: Sabine von der Sitt

Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung durch die Oberbürgermeisterin
2. Vorstellung des Zukunftsvertrages und des Gesetzentwurfes
zur freiwilligen Fusion der Stadt Eisenach mit dem Wartburgkreis
3. Diskussion
4. Einwohneranfragen
6. Sonstiges

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:35 Uhr

Zu TOP 1:

Die Oberbürgermeisterin begrüßt die Anwesenden und gibt den aktuellen Stand zur Kenntnis.

Zu TOP 2:

Anhand einer Präsentation werden umfangreiche Informationen gegeben. (siehe Anlage)

- Entscheidung zur Kreisfreiheit wurde 1994 getroffen
- Heute andere Bedingungen, da Rahmenbedingungen nicht eingehalten wurden
- Aufgrund der fin. Lage hat Stadtrat die OB beauftragt, die Kreisfreiheit aufzugeben und die Zusammenarbeit mit dem Wartburgkreis zu intensivieren
- Trotz Scheitern der großen Gebietsreform soll freiwillige Fusion fortgeführt werden
- Vertrag (Zukunftsvertrag) soll bilaterale Dinge klären
- wo Stadt und Wartburgkreis sich einig waren, hat Land Gesetzentwurf vorgelegt, der nun ausliegt – Anhörungsverfahren – Kritikpunkte können nun mitgeteilt werden

Es wird auf folgende Punkte eingegangen:

Finanzen:

- Eisenach soll positives Beispiel sein, weshalb die Landesregierung fin. Unterstützung gibt
- von 18 Mio. Euro, die Eisenach erhält, werden ca. 6 Mio. für die Altfehlbetragsabdeckung verwendet

Große Kreisstadt

- Sonderstatus für Eisenach – bisher in Thüringen noch nicht vorhanden
- bedeutet: Kompetenzen werden übertragen (u.a. ÖPNV, Sparkasse, AZV, Schulen)
- Eisenach kann auf diese Aufgaben aber auch jederzeit verzichten und dem WAK übertragen
- Kostenerstattungsanspruch für Aufgaben, die Eisenach gegenüber dem WAK erfüllt
- Schulträgerschaft – Stadt lebt davon, Zukunft selbst gestalten zu können / Bildungsstandort
Städte über 20.000 Einwohner haben Schulträgerschaft
Eisenach hat Gemeinschaftsschule – WAK spricht sich gegen Gemeinschaftsschule aus –
Eisenach möchte Modell ausweiten und weitere Gemeinschaftsschule bilden

Oberzentrum

- Land will Eisenach unterstützen, Oberzentrum zu werden
Eisenach hat große Bedeutung für Umland
Eisenach hat hohen Zentralitätsfaktor und übernimmt damit Funktionen für das Umfeld (VHS, Theater, Schwimmbad, Arzt, ...)
- Status ist mit Vorteilen verbunden – Land unterstützt z. B. mehr öffentliche Dienstleistungsfunktionen, Ansiedlung von Landesbehörden u.a.
- Oberzentrum hat zentrale Funktion für Gesundheit, Freizeit, Kultur
- Chance auf Anerkennung freiwilliger Leistungen als Pflichtaufgaben

Übertragener Wirkungskreis

- Aufgaben dürfen künftig selbst erledigt werden
z. B. Bauordnung, Denkmalschutz, Teile Straßenverkehrsbehörde, Gewerbebehörde

Musterhaushalt

- Stadt wird in der Situation sein, künftig „knirsch“ klarzukommen, aber ohne Defizit
- auch zukünftig sparsames Wirtschaften notwendig
- Orte, die zum Einzugsgebiet von Eisenach gehören, sollten eingemeindet werden

weitere Zeitschiene

- 06.11. Entscheidung Stadtrat über Stellungnahme
- 04.12. Entscheidung Stadtrat über Zukunftsvertrag
- 13. oder 14.12. Entscheidung Landtag über Gesetz

- In-Kraft-Treten Gesetz ab 01.01.2019
- 26.05.2019 gemeinsame Kreistagswahl
- Übergangsfrist bis 01.01.2020

Zu TOP 3:

Bürgeranfrage:

Wird Eisenach damit Kreisstadt?

OB:

- „Große Kreisstadt“ ist Kompromiss, dass Bad Salzungen Kreisstadt bleibt
- sollte 2 Kreisstädte geben, aber Wartburgkreis trägt das inzwischen nicht mehr mit
- Kreissitz ist nicht mehr verhandelbar
- Status „Große Kreisstadt“ bietet Eisenach große Vorteile, eigene Aufgaben werden übernommen, Finanzierungsvorteile

Bürgeranfrage:

Der Stadt soll es nach der Fusion finanziell besser gehen. Es wird von einer bürgernahen Verwaltung gesprochen. Die Mitarbeiter folgen den Aufgaben. Es soll einen Kündigungsschutz von 3 Jahren geben. Die Standortfrage ist nirgends geregelt.

OB:

Anhang zum Vertrag besagt, dass Mitarbeiter in Eisenach bleiben. Das Personal folgt den Aufgaben, ist die Regelung.

Im öffentlichen Dienst gibt es keine betriebsbedingten Kündigungen. Der Altersabgang in den nächsten Jahren ist sehr hoch. Niemand muss Kündigungen befürchten.

Bürgeranfrage:

- Wie hoch ist der Zentralitätsfaktor in Eisenach?
- Die Unverbindlichkeit stört. Im Gesetz sind die Formulierungen unklar. Es steht „Eisenach soll...“. Es müssen klare Formulierungen geschaffen sein. Dazu gehört auch „Eisenach IST Oberzentrum“ – nicht wird Oberzentrum.
- Ein Oberzentrum hat einen Kreissitz.
- Eisenach hat derzeit ein Defizit von 10 Mio. Euro, nach der Fusion eine freie Spitze von 1,5 Mio. Euro. Die Rückkreisung bringt 6 Mio. Euro. Es fehlen dann aber immer noch 5,5 Mio. Euro. Wo kommt das Geld her?

Bürgeranfrage:

Der Wartburgkreis nimmt die Stadt Eisenach auf und Eisenach gibt dafür seine Freiwilligkeit auf. Wir sind nicht mal Kreisstadt.

Bürgeranfrage:

Wie soll sich die Lage der Stadt hinsichtlich der Finanzen entwickeln? Das bestehende Defizit wird in den nächsten Jahren größer.

2012 wurde im Haushaltssicherungskonzept die Fusion beschlossen. Die Frage der Bürgerbeteiligung wurde nicht bedacht.

Bürgeranfrage:

Es geht die Frage an den Stadtrat, wie geht es weiter, wenn die Fusion scheitert?

Es wird die Dorferneuerung – die mit 75 % der Maßnahmen gefördert wird - angesprochen. Bei Scheitern der Fusion scheitern auch diese Projekte.

Vertreterin der Wartburgschule:

Die Schulen sollen in Eisenach verbleiben. Es wurde aber was Anderes gehört.

Kann sich Eisenach die Sanierung der Schulen leisten?

Bürgeranfrage:

hat damals den Weg zur Kreisfreiheit begleitet.

Das Landratsamt hat sich ein neues Gebäude gebaut, was mit Sicherheit nicht aufgegeben wird. Mit der Forderung nach dem Kreissitz sollte man vorsichtig sein, obwohl es einen Sinn macht.

Eisenach hat damals die Kreisfreiheit nicht angestrebt. Es war bekannt, dass sich die Stadt das nicht leisten konnte. Das Land hat viel versprochen, aber nicht gehalten – z. B. Eingemeindung von Wutha-Farnroda.

Heute ist das nicht anders. Man sollte sich nicht auf diese Versprechen einlassen.

Bürgeranfrage:

Das Hauptziel der Fusion ist, die finanzielle Misere von Eisenach zu beseitigen. Die vorgelegten Rechnungen belegen, dass dies nicht erreicht werden kann.

Die Oberbürgermeisterin antwortet wie folgt:

Kreisstadt

Wir befinden uns im Prozess der Freiwilligkeit. Beide Partner müssen der Fusion zustimmen.

Der Kreissitz ist vom Wartburgkreis nicht mehr verhandelbar. Eisenach wäre die logische Kreisstadt, aber man muss kompromissfähig sein. Bad Salzungen bleibt als Kreisstadt bestehen = Ausgleichsfunktion = schwächeres Gebiet soll unterstützt werden.

Vorteil der Fusion ist die Großzügigkeit des Landes. Mit dem Status „Große Kreisstadt“ gewinnt Eisenach mehr Kompetenzen und hat einen finanziellen Vorteil.

Oberzentrum

Eisenach wird davon profitieren. Das Gesetz bringt das Verfahren auf den Weg. Am Ende des Prozesses wird Eisenach Oberzentrum.

Zentralitätsfaktor

Nach IHK-Studie sind 150.000 Einwohner, die Eisenach als ihr Zentrum wahrnehmen.

Kreisbehörde

Ein großer Teil der Verwaltung bleibt in Eisenach – z.B. Zulassung, Führerscheinstelle, Gesundheitsamt, Sozialamt, Jugendamt, Ausländerbehörde).

Defizit

Es wird auf die Lektüre zum Musterhaushalt verwiesen. Die Effekte werden umfangreich dargestellt.

Bürgerbeteiligung

Diese kann erst begonnen werden, wenn die Fakten vorliegen. Bei Einbringung des Zukunftsvertrages in den Stadtrat und die Verweisung in die Ausschüsse sind die Bürger aufgefordert, Stellung zu nehmen. Die Bürgerbeteiligung ist nicht nur die Einwohnerversammlung.

Trägerschaft Schulen

Der Verbleib der Schulen bei der Stadt Eisenach war im Vertrag und im Gesetz von Anfang an vorgesehen. Der Stadtrat hat bisher entschieden, dass die Schulen bleiben. Wenn die Stadt selbst Schulträger ist, können auch die Fördermittel selbst beantragt werden.

Großer Sanierungsbedarf ist in der Mosewaldschule. Das Geld hierfür ist bereits bewilligt und die Maßnahme wird beauftragt. Die Förderung beträgt hier 100 %.

In den Schulbereisungen wurde großer Sanierungsbedarf auf den Schulhöfen und Sportstätten festgestellt. Das soll in den nächsten Jahren über Fördermittel und dem 100 Millionen-Investprogramm des Landes realisiert werden.

Der Wartburgkreis hat in den letzten Jahren weniger an den Schulen saniert, wie die Stadt Eisenach.

Defizit ab 2021

Bei der Vorausschau des Haushaltes gilt die Maßgabe „wir wirtschaften gesünder“. Es wurden höhere Ansätze z. B. bei Bibliothek und Straßensanierung aufgenommen.

Es ist aber nicht möglich, so weit in die Zukunft zu schauen. Der Stadtrat beschließt über Mehrausgaben, so dass die Zahlen immer nur Prognose sein können. Eine Dynamik kann nicht seriös voraus berechnet werden.

Der kommunale Finanzausgleich ändert sich ständig, die Entwicklung der Gewerbesteuer ist unklar.

Der Kommunale Finanzausgleich muss die Kommunen besser stellen. Der „Speckgürtel“ um Eisenach, muss auch zu Eisenach kommen.

Schwarz auf Weiß

18,5 Mio. stehen im Gesetz. Mehr geht im Moment nicht. Der Zeitpunkt der Zahlung ist festgeschrieben.

Jugendsozialarbeit

Aussage des Landkreises ist: Die Zerschlagung der Trägervielfalt der Stadt ist nicht im Interesse des Landkreises.“ Die Struktur soll erhalten werden. Auch der Stadtrat sieht sich hier in der Verantwortung.

Frau Gärtner merkt an, dass der Landkreis anders verfährt und nichts festgeschrieben ist.

Bürgeranfrage:

6 Mio. Euro pro Jahr sollen eingespart werden. In welchen Positionen?

Ausgabesituation: wie sollen die fehlenden 9 Mio. Euro kompensiert werden?

Seit 2012 hat die Stadt 36 Mio. Euro Bedarfszuweisungen erhalten, jetzt 18 Mio. Wie ist der Weg für den Ausgleich der Schulden?

Wenn die Leistungsfähigkeit nach der Rückkreisung nicht gegeben ist, warum muss die Kreisfreiheit aufgegeben werden?

OB

Der Sozialkostenanteil im städtischen Haushalt beträgt 60 %. Im Normalfall sind das 30 %. Hier erfolgt eine deutliche Entlastung beim Übergang in den Wartburgkreis (rd. 6 Mio. Euro). Eine weitere Entlastung (ca. 8 Mio. Euro) wird es im Bereich der Personalkosten – Personal folgt den Aufgaben - geben.

Stadtrat Herr Neumann

Bezieht Stellung zu den gemachten Äußerungen.

- Nicht gegen die Fusion.
- Eisenach wird Leistungsfähigkeit nicht erreichen – durch Zahlen belegt.
- Formulierungen sind nicht sicher.
- Oberzentrum muss als Ziel im Gesetz verankert werden.
- Freie Spitze von 1,5 Mio. Euro ist Absichtserklärung.
- Haushaltsprognose für 2014: Stadt hat nur noch 5 Mio. Euro statt 10 Mio. Euro Defizit.
- Es zählt nur die freie Spitze im Vermögenshaushalt, denn nur davon profitiert die Stadt.
- 2008 haben alle Städte umfangreiche Sanierungsarbeiten gemacht, Eisenach konnte dafür den Eigenanteil nicht aufbringen. Eisenach kann sich nur finanzieren, wenn die dauerhafte Leistungsfähigkeit nachgewiesen wird. Wie von der Kämmerei dargelegt, ist das nur im Jahr 2021 möglich. Das ist für so einen kurzen Zeitraum zu wenig. Für die nächsten 10 Jahre sind Zuschüsse notwendig, damit Investitionen getätigt werden können.
- 12 Mio. bleiben von den 18 Mio. übrig. 23 Mio. werden verwendet, um die Kreisumlage stabil zu halten. Wenn aber die Kreisumlage steigt, geht nichts mehr auf.

OB

Das Problem muss durch den Kommunalen Finanzausgleich geregelt werden. Die Höhe der bisherigen Bedarfszuweisungen kann in den nächsten Jahren so nicht mehr erwartet werden.

Fraktionsvorsitzender der LINKEN Kreistagsfraktion Herr Lessig

Der frühere Innenminister wollte Fusionen unterstützen, aber ohne finanzielle Mittel. Heute gibt es Geld. Wenn wir jetzt verschieben, können wir uns das später nicht verzeihen.

Frau Wolf erklärt abschließend, dass alle miteinander den besten Weg für die Stadt und die Region suchen.

Sie ist dankbar für die heute geäußerte Kritik und die Hinweise. Alle Bürger sind aufgefordert, im Internet nochmals alles nachzulesen und schriftliche Hinweise zu geben.